

Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch, *Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin - DDR 1972, 573 S., Ln., 28 M.

Wenn man einer unlängst publizierten Formulierung eines der führenden Geschichtsmethodologen der DDR, Ernst Engelberg, folgen darf, hat die Historiographie unter anderem die Aufgabe, »das sozialistische Bewußtsein der Bevölkerung der DDR« zu vertiefen und das »entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus« zu vervollkommen.¹⁾ Wer sich informieren will, wie diese gesellschaftspolitische Funktion von DDR-Historikern realisiert wird, findet in dem Buch des Autorengespans Könnemann/Krusch über die Rolle der Arbeiterschaft bei der Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Putsches reiches Anschauungsmaterial. Der »Aktionseinheit« der Arbeiterklasse zur Abwehr des Rechtsputsches in den Märztagen 1920 kam in der DDR-Parteiengeschichtsschreibung zur Weimarer Republik seit jeher eine Schlüsselfunktion zu; konnte man damit doch die nicht ohne Zwang erfolgte, zumindest für westliche Beobachter sich als Aktionseinheit »von oben« darstellende Verschmelzung von SPD und KPD zur SED an ehrwürdigen historischen Traditionen festmachen und legitimieren. Unter dieser Perspektive entstanden ungezählte, vor allem auch von regionalen Parteiorganen geförderte Arbeiten über den »heroischen« Kampf der geeinten Arbeiterschaft gegen Kapp und die mit ihm sympathisierenden Gruppierungen. Könnemann und Krusch fußen auf diesen Vorarbeiten, fassen die von DDR-Seite vorgelegten Arbeitsergebnisse zusammen und ergänzen sie durch eigene Forschungen. Der Band ist reich bebildert und mit vielen Faksimiles zeitgenössischer Dokumente versehen, was ihm ein wenig den Charakter eines historischen Lese- und Bilderbuches verleiht. Wie die meisten marxistisch-leninistischen Arbeiten zum Thema zeichnet sich auch die vorliegende Studie durch bedenkenlose Aktualisierungen aus und eine stellenweise bekmesserische und scholastische Penetranz, die den wissenschaftlichen Nutzen erheblich einschränken.

Wie nicht anders zu erwarten, üben die Verfasser massive Kritik an der Haltung der Sozialdemokratie oder doch wenigstens an ihren führenden Gremien und Repräsentanten, die im Anschluß an Lenin als »Kettenhunde des Kapitalismus« und als »Verderber der Arbeiterbewegung« denunziert werden (S. 487), womit zugleich die gegenwärtige Polemik und die Abgrenzungsbestrebungen in der DDR gegenüber dem offenbar als bedrohlich empfundenen Phänomen des »Sozialdemokratismus« historisch verlängert werden. Könnemann/Krusch scheuen sich nicht, in Abwandlung deutschnationaler und völkischer Agitationstopoi eine Art »linker Dolchstoßlegende« in die Welt zu setzen, wenn sie den Aufruf der SPD-Reichstagsfraktion vom 18. März 1920 an die streikenden Arbeiter, die Arbeit wiederaufzunehmen, als »Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Arbeiterklasse« qualifizieren (S. 307). Demgegenüber erhalten die »Arbeitermassen«, speziell aber die KPD und die mit ihr in eins gesetzte »linke USPD« (wobei offenbleibt, wer alles darunter zu subsumieren ist) durchweg gute Zensuren. Die KPD stand von Anfang an in vorderster Front des Generalstreiks – eine These, die angesichts des zwiespältigen Lavierens der KPD-Zentrale am 13. März zur Generalstreikparole der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, aber auch angesichts der verspäteten Reaktion auf die Bemühungen des ADGB zur Schaffung einer reinen Arbeiterregierung mehr als

¹⁾ Ernst Engelberg, Zu methodologischen Problemen der Periodisierung, in: *ders.* (Hrsg.), *Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft*. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode, Köln 1972, S. 122.

problematisch erscheint. Zwar wird der Aufruf der KPD-Zentrale vom 13. März – »keinen Finger [zu] rühren für die demokratische Republik« (S. 179) – nicht verschwiegen, aber einseitig der falschen Lagebeurteilung des späteren Abtrünnigen Ernst Reuter angelastet (S. 176). So werden Ansätze zu einer kritischen Beurteilung auch der KPD-Politik konsequent ad absurdum geführt; personalisierende Deutungen stehen allzu häufig für die (fehlende) materialistische Analyse komplexer historischer Abläufe.

Der Einfluß der KPD auf den Gang der Ereignisse wird maßlos aufgebauscht, allerdings an keiner Stelle des Buches mit konkreten Daten belegt. Anstelle einer hinreichend genauen Aufschlüsselung von Mitgliederbestand, organisatorischer Verbreitung, Positionen in der Gewerkschaftsbewegung, Mobilisierungsstrategien etc. wird der Leser ständig mit pauschalen Angaben abgespeist, die alles und nichts beweisen.

Zwei beliebig ausgewählte Beispiele mögen dies verdeutlichen. Die Verfasser zitieren aus dem Bericht über den 3. Parteitag der KPD vom 25./26. Febr. 1920 (S. 124), wonach die Landagitation der Partei insbesondere in Pommern Erfolg verzeichnet hatte. Die vage Formulierung des Berichts – »ein erheblicher Teil der Landarbeiter« habe für die KPD gewonnen werden können – präzisieren Könnemann/Krusch nicht. Offenbar mangels Masse wiederholen sie einfach den Bericht mit eigenen Worten, verbrämen die Paraphrase allerdings mit einer augenscheinlich zufällig aufgefundenen Zahl: Von 22 000 Mitgliedern des freigewerkschaftlichen Deutschen Landarbeiterverbandes im Regierungsbezirk Stettin (Quellenangabe fehlt!) hätten »zahlreiche [!] Arbeiter unter dem Einfluß der revolutionären Kräfte« gestanden. – Im sächsischen Frankenberg rief der dortige Vollzugsausschuß am 18. März »die werktätigen Bauern der Umgebung« auf, den Kampf der Arbeiterschaft durch Ablieferung von Lebensmitteln zu unterstützen und Landarbeiter- und Kleinbauernräte zu bilden (S. 199). Erwartungen, es würden nun Ausführungen über die Verwirklichung dieses Appells folgen, sehen sich getäuscht: Der Leser muß sich mit abstraktem, historisch völlig belanglosem Raisonement abfinden, daß die (nicht weiter konkretisierten) wirtschaftlichen Verhältnisse in Sachsen ganz allgemein für die Verbreitung einer solchen Parole günstig gewesen seien. Hinter derartigen Unsauberkeiten in der Beweisführung steckt Methode; suggeriert sie doch einen Eindruck von Stärke und Zielgerichtetheit der deutschen Kommunisten, der sich bei einer weniger anfechtbaren Arbeitsweise – die sich nicht mit der bloßen Registrierung agitatorischer Proklamationen zufriedengibt – nicht aufdrängen könnte. Was im übrigen die KPD-Land- und -Kleinbauernagitation anlangt, so gehörte es zwar zu den politischen und ideologischen Zielen kommunistischer Programmatik, über die Erfassung der Landarbeiter und »werktätigen Bauern« ein Bündnis zwischen ländlichem und städtischem Proletariat zu installieren; erreicht wurden diese Ziele während der zwanziger Jahre von der KPD allerdings so gut wie nicht.²⁾

Das von Eike Hennig in anderem Zusammenhang formulierte kritische Urteil über den in DDR-Arbeiten obwaltenden »linken Historismus«³⁾ findet in dem vorliegenden Band immer wieder Bestätigung. Waren in der nationalkonservativen Tradition die Bismarcks, Bülow, Bethmann Hollwegs die Protagonisten einführender Geschichtsbetrachtung, so sind es nun die Arbeiter X und Y, deren aufopfernder Kampf mit ebensolcher Akribie und in der Form ausufernder Ereignisgeschichte geschildert wird. Sicherlich war die Einbeziehung unterprivilegiertes Gesellschaftsschichten in die Historiographie allzulange

²⁾ Vgl. dazu eine kritische Stimme aus der KPD selbst: *Arthur Rosenberg*, Einige Bemerkungen zur Parteidiskussion, in: *Die Internationale*, Jg. 8, 1. Nov. 1925, S. 693 ff.

³⁾ *Eike Hennig*, Industrie und Faschismus. Anmerkungen zur sowjetmarxistischen Interpretation, in: *NPL XV*, 1970, S. 434.

überfällig – aber was bringt es der historischen Erkenntnis, wenn der Leser erfährt, daß »Sirenen aufheulten« (S. 112), oder wenn zahllose, Anfang der sechziger Jahre entstandene und von der SED inspirierte Veteranenberichte in die Darstellung eingeflochten sind und völlig unkritisch für die ganze Wahrheit gelten? Die Beispiele einer – freilich linken, aber methodisch ganz traditionellen – Historienmalerei ließen sich beliebig vermehren; nicht zuletzt mit Händen zu greifen in den vielen abgedruckten Gefechtsskizzen, in denen die Kämpfe der Arbeiterwehren mit den putschenden Reichswehr-, Zeitfreiwilligen- und Einwohnerwehreinheiten nochmals gewonnen werden. All das ist weniger wissenschaftliche Analyse denn erschauerndes Nachempfinden heroischer Taten, das allenfalls auf Emotionalisierung, nicht aber auf kognitive Bereicherung des Lesers orientiert ist.

Dabei hätte die gewählte Thematik – angesichts der unbefriedigenden Forschungslage – die Chance geboten, durch eine stringente Analyse wesentliche Aufschlüsse über die deutsche Innenpolitik in den Jahren 1918 bis 1920 zu geben, über die Hintergründe der Gegenrevolution, über Realisierungschancen und langfristige Perspektiven einer kontinuierlichen und systemtranszendierenden Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Politik von Reichs- und Länderregierungen, über die Möglichkeiten einer Revolution gleichsam im zweiten Anlauf nach der unvollständigen und im Ergebnis für die Arbeiterschaft mageren vom November 1918. Diese Probleme werden zwar von den Autoren hin und wieder angesprochen, aber doch zu emotional, zu plakativ, so daß einige brauchbare Ansätze (etwa über die Rolle der Industrie in den Kapp-Tagen: S. 278 ff.) in einem Wust von »Geschichten« beinahe unauffindbar bleiben, die je nach Bedarf die Helden panegyrisch feiern oder die Bösewichte auf ewig verdammen. Jens Flemming

Heimut Gätsch, Die Freien Gewerkschaften in Bremen 1919 – 1933 (= Bremer Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte 4), Schünemann Verlag, Bremen 1969, 180 S.

Regional begrenzte Studien zur gewerkschaftlichen Politik in der Weimarer Republik dürfen einer interessierten Aufnahme sicher sein, verspricht doch gerade dieser thematische Ansatz, die gewerkschaftliche »Basisarbeit« in den Blick zu fassen und damit Forschungslücken hinsichtlich des Umsetzungsprozesses von Programmatik und Strategie in Aktion schließen zu können. Auch wird man eine Untersuchung der Beziehungen zwischen Einzelgewerkschaft und Bund, zwischen regionaler und überregionaler Organisation erhoffen. Wenn Gätsch dieses Thema auch im ersten Teil seiner Arbeit anspricht, der eine (nicht immer problembewußte, als Vorinformation jedoch nützliche) Darstellung der gewerkschaftlichen Organisationsstruktur bietet, so wird dieser Aspekt doch nicht für die chronologische Darstellung der Bremer Gewerkschaftsgeschichte fruchtbar gemacht.

In dem Bemühen, das Bremer Gewerkschaftsgeschehen »nicht isoliert darzustellen, sondern den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund mit einzubeziehen« (S. 8), unternimmt Gätsch in seiner primär auf Akten des Staatsarchivs Bremen und Lokalzeitungen fußenden Arbeit den Versuch, Entsprechungen zwischen der Entwicklung der Freien Gewerkschaften in Bremen und im Reich aufzuzeigen. Die Darstellung der Kristallisationspunkte, an denen sich – vom November 1918 über den Kapp-Putsch und die Ruhrbesetzung bis hin zur Auflösung der Gewerkschaften 1933 – lokale und zentrale Gewerkschaftspolitik gegenseitig erhellen, leistet – auf regionaler Ebene – einen Beitrag zur Verifizierung bereits bekannter Tendenzen der gewerkschaftlichen Politik. Bedeutung für die Erforschung des gewerkschaftlichen Milieus erlangen darüber hinaus die Berichte über die Gestaltung von Maifeiern und anderen Festen (z. B. anlässlich der Einweihung des Volkshauses 1928) sowie das reichhaltige Bildmaterial (vorwiegend Karikaturen),